Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.
Redaktion: Johannisgasse 8.
Sprechstunde: 5—6 Uhr Nachm.
Fernsprecher: 153.
Expedition: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), B. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2935) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7506).
Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.)

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig
(Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 276. **Donnerstag** den 2. Juni 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die Haager Konvention von 1902 über das internationale Familienrecht (Ehe, Trennung von Tisch und Bett, Vormundschaft) wurde gestern von Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Rumänien und Schweden ratifiziert.

* Der Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, ist gestern von dort in Berlin eingetroffen.

* Der Lloyddampfer „Aachen" ist gestern nachmittag 5 Uhr mit einem Truppentransport von 12 Offizieren, 3 Portepeeunteroffizieren, 177 Unteroffizieren und Mannschaften, sowie 289 Pferden nach Deutsch-Südwestafrika von Hamburg abgegangen, nachdem er vom General v. Bock und Polach verabschiedet worden war.

* Die württembergische Abgeordnetenkammer nahm einen Antrag an, der die Regierung auffordert, im Bundesrate unverzüglich auf Schaffung einer geordneten Arbeitervertretung zu dringen. (S. Deutsches Reich.)

Der Kulturkampf in Frankreich.

Die Pariser Radikalen möchten gern das Kind mit dem Bade ausschütten. Der Senator Clémenceau zumal deklamiert fortwährend über die Schlaffheit der Regierung. Diese Leute begreifen nicht, daß es unmöglich ist, Einrichtungen, die sich im Laufe von hunderten von Jahren eingewurzelt haben, im Handumdrehen auszureißen und auszuroden. Sie haben aus den Erfahrungen der Revolution immer noch nicht gelernt, daß die Entwicklung eines Staates eine organische sein muß, wenn sie sich als segensreich erweisen soll. Daß eine Uebergangsfrist nötig ist, um die Kündigung des Konkordats, wenn dieselbe wirklich erfolgen sollte, gesetzgeberisch vorzubereiten, das muß selbst dem der Politik fremden Dilettanten einleuchten. Aber dieser Zug, Staatseinrichtungen lediglich nach Verstandeserwägungen niederzureißen und aufzubauen, liegt tief in der französischen Natur. Wenn der Ministerpräsident bereits im nächsten Januar der Kammer einen Bericht über die Kündigung des Konkordats vorlegen will, so kann man nur sagen, daß bereits dieser Zeitraum äußerst kurz bemessen ist. Es ist jedenfalls sicher, daß Combes die bisher bewahrte Energie auch weiter an den Tag legen wird. Er wird entschieden den Versuch machen, die Republik völlig zu verweltlichen, und seinen Intentionen ist die polternde Ungeschicklichkeit des Vatikans trefflich zustatten gekommen.

Freilich ist die Lage der Dinge trotz der hervorragenden Eigenschaften, die man dem Ministerpräsidenten nicht absprechen kann, in Frankreich doch immer eine solche, daß die Regierung nur von Tag zu Tag ihr Leben fristet und der leitende Staatsmann in jedem Augenblick über einen parlamentarischen Strohhalm stolpern kann. An Anlässen fehlt es nie. Einen solchen Anlaß hat vor einigen Tagen ein Volksvergnügen geboten. Wie unsere Leser wissen, hatte man in Paris vor einiger Zeit einen Wettlauf von Arbeiterinnen veranstaltet, der alle Beteiligten höchlichst amüsierte. Nun kam das Pariser Blatt „Le Matin" auf die geniale Idee, einen Wettmarsch französischer Soldaten zu arrangieren, und unbegreiflicherweise gab der Kriegsminister André seine Erlaubnis zu dieser Posse, wahrscheinlich, um seine äußerst geringe Popularität zu heben. Allein es wurde aus der Posse eine Tragödie, und die Tragödie fand jetzt in der Kammer ihr Nachspiel. Der Kriegsminister mußte selbst zugeben, daß seine Erlaubnis ein schwerer Mißgriff gewesen sei. Von den beurlaubten Soldaten liegen 34 im Hospital, einer ist gestorben, 42 sind noch nicht wieder zu ihren Regimentern gestoßen. Es ist höchst wahrscheinlich, daß diese 42 Mann nach der Anstrengung des Marsches das Bedürfnis gefühlt haben, sich ausgiebig zu stärken, und daß sie Paris sehr viel amüsanter finden als ihre Garnisonnester. Wir haben von dem General niemals etwas gehalten, aber wir hatten uns nicht vorgestellt, daß er sich dazu entschließen könnte, die Armee zu Reklamezwecken zu mißbrauchen. Man bedenke nur, daß bei dieser Veranstaltung die Offiziere Armbinden mit der Aufschrift „Matin" getragen haben, und man übertrage dann den Vorfall auf unsere Verhältnisse. Trotz der zärtlichen Hand, die die Regierung August Scherl gegenüber hat, ist es nicht wahrscheinlich, daß General von Einem für eine derartige Veranstaltung zu gewinnen wäre. Es ist sehr natürlich, daß in der französischen Kammer die Linke zu den Erklärungen des Kriegsministers mit eisiger Kälte schwieg und die Rechte sie mit stürmischem Gelächter verhöhnte. Bei der Abstimmung haben zwar die Sozialisten den Kriegsminister gerettet, doch dürfte seine Stellung von nun an völlig unhaltbar sein, und jedenfalls täte Combes gut, Herrn André schleunigst über Bord zu werfen; denn ein Minister, dessen bloßes Erscheinen fortan Heiterkeitsstürme auslösen wird, ist in einem Kampfministerium keineswegs am Platze. Trotz alles Demokratismus dürfte es doch auch in Frankreich noch eine Reihe von Leuten geben, welche einsehen, daß die Armee unter einer derartigen Leitung in der Tat nur einer völligen Desorganisation entgegengehen kann.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Lage in Port Arthur.

* **London**, 1. Juni. Der „Daily Mail" wird aus Niutschwang gemeldet: Aus Port Arthur entkommene Chinesen berichten, die Lage der Einwohner sei verzweifelt. Hungersnot hat eine fortwährende Preissteigerung veranlaßt. Ganze Straßen einschließlich mehrerer öffentlicher Gebäude sind durch Granaten zerstört. Vielfach fänden Kämpfe statt. Die Krankenhäuser sind von Kranken und Verwundeten überfüllt. Die Toten werden weit ins Land hinaus getragen und ohne Zeremonien eingegraben. In den Forts stehen höchstens 10 000 Mann. Die Garnisonen der Forts nach dem Meere zu sind so weit wie möglich herabgemindert. Die Arbeit an den beschädigten Schiffen ist eingestellt. Alle Civilisten müssen militärische Dienste tun. Auf Diebstahl ist Todesstrafe gesetzt. Die Chinesen durften die japanischen Linien passieren. Die Eisenbahn ist bis Kintschau völlig zerstört. — In Wafangtien stehen 15 000 Japaner.

Weitere Einzelheiten über die Schlacht bei Kintschau

veröffentlichen die „Times". Danach ist der Rückzug der Russen teilweise in zügellose Flucht ausgeartet. Die zweite Stellung, 12 oder 14 englische Meilen von Port Arthur, wohin sich die Russen zurückzogen, war wenig günstig. Sobald General Togo in der Lage ist, einen ernsten Vorstoß wieder aufzunehmen, müßten die Russen auf ihre letzten Verteidigungswerke von Port Arthur sich zurückziehen.

Weitere Meldungen.

* **London**, 1. Juni. Ein Berichterstatter der „Times" meldet von der ersten japanischen Armee: Nichts deute darauf hin, daß die Japaner sich in Bewegung zu setzen gedenken, ebensowenig ist ein Anzeichen für einen Massenvorstoß der Russen südwärts vorhanden. Es ist unwahrscheinlich, daß sie vor Liaujang standhalten werden, da alle Stellungen auf der Landstraße nach Port Arthur, den Motienpaß inbegriffen, auf beiden Seiten umgangen werden können.

* **London**, 1. Juni. Nach einem aus Tschifu gemeldeten Gerücht wurde gestern 6 englische Meilen von Port Arthur eine Schlacht geschlagen. Eine Bestätigung fehlt.

* **Tokio**, 1. Juni. Angesichts des Vorgehens der Russen im Nordosten Koreas werden die Japaner Gensan demnächst räumen.

* **Petersburg**, 1. Juni. Nach der Räumung der Stellung von Kintschau durch die Russen beschränken sich die Japaner auf die Deckung der Einschließung von Port Arthur.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 1. Juni.

* **Der Bundesrat** überwies am Mittwoch die Mitteilungen des Präsidenten des Reichstages über die Reichstagsbeschlüsse zur allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für 1899, zur Reichshaushaltsübersicht für 1901, zu den Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1900 bis 1902 und zu den Petitionen, über die vom Reichstage bei Beratung des Reichshaushaltsetats 1904 beschlossen worden ist, den zuständigen Ausschüssen bezw. dem Reichskanzler.

* **Die Neugestaltung unserer handelspolitischen Verhältnisse.** Nachdem die Unterhändler-Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn wegen der Neugestaltung der handelspolitischen Verhältnisse begonnen haben, sind es nunmehr fünf Tarifvertragsstaaten von den insgesamt acht, mit denen die neuen Handelsbeziehungen auf Grund des neuen deutschen autonomen Zolltarifs mündlich erörtert sind. Auf die Verhandlungen mit Rußland folgten die mit der Schweiz, mit Italien, mit Belgien und mit Oesterreich. Mit einem sechsten Tarifvertragsstaate, mit Rumänien, sind die Verhandlungen zunächst schriftlich angebahnt. Als anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Handelspolitik des Deutschen Reiches auf eine neue Basis gestellt wurde, war Oesterreich-Ungarn der erste von den größeren europäischen Staaten, mit denen das Deutsche Reich zu einem handelspolitischen Abkommen gelangte. Die Vereinbarung mit Rußland folgte erst zwei Jahre danach. Man hatte, als die Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten auf Grund des neuen deutschen Zolltarifs begannen, es als einen charakteristischen Unterschied gegenüber der vorigen Verhandlungsära bezeichnet, daß diesmal zuerst mit Rußland der Versuch zum Abschluß eines neuen Abkommens gemacht wurde. Der Versuch hat leider bisher noch zu keinem positiven Ergebnisse geführt. Jetzt, nachdem mit Oesterreich-Ungarn die mündlichen Verhandlungen eröffnet sind, bietet sich die Möglichkeit, daß wieder mit diesem Staate früher als mit Rußland eine handelspolitische Verständigung herbeigeführt wird. Hoffentlich gelingt es aber, mit beiden Nachbarstaaten zugleich zu neuen Abkommen zu gelangen. Die Interessen aller Erwerbszweige im Auslande nicht minder, wie in Deutschland drängen darauf, daß die handelspolitischen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten recht bald eine Klärung auf einen längeren Zeitraum erfahren. Erst wenn dieses Ziel erreicht sein wird, wird für die einzelnen Staaten wieder eine Stetigkeit im Handel und Verkehr eintreten und diese Stetigkeit wird für alle von großem Nutzen sein.

* **Eine Mahnung an die Agrarier** kann man die Rede nennen, die Prinz Ludwig von Bayern, der dereinstige Erbe der wittelsbachischen Krone, am Sonntag auf der landwirtschaftlichen Versammlung in Rothenburg o. d. T. gehalten hat. Auf eine Anrede des Präsidenten Grafen Crailsheim erwiderte Prinz Ludwig:

Meine Herren! Ich glaube, keiner von uns möchte die alte Zeit zurück haben. Ebenso wie wir moderne Menschen sind, waren die Leute, die vor 100 Jahren gelebt haben, moderne Menschen, vor 200 Jahren auch, und so haben sich die Leute in ihrer Zeit verhältnismäßig wohl gefühlt, sie haben die Vorteile zu schätzen gewußt, aber die Nachteile haben sie gewiß lebhaft empfunden, und so geht es uns ja auch; die Vorteile wissen wir zu schätzen, die finden wir mehr oder weniger, die Nachteile findet jeder sehr leicht. Und wie mit der Landwirtschaft, so ist es in anderen Berufskreisen auch. Aber falsch ist es, die verschiedenen Berufskreise gegen einander auszuspielen, sondern nur das Zusammenwirken wird zu günstigen Erfolgen führen. Es ist ja selbstverständlich, daß jeder Beruf zunächst für sich selber sorgt, und er wäre ein Tor, wenn er das nicht täte, aber er muß bedenken, daß andere Menschen auch auf der Welt sind und genau dasselbe Recht haben zu leben wie er. Auf dieser gegenseitigen Uebereinkunft und Rücksichtnahme beruht die Existenz des Staates und der allgemeinen Wohlfahrt.

Diese sehr verständigen Worte verdienten, nicht nur in Süddeutschland beherzigt zu werden.

* **Die Kanalkommission** des preußischen Abgeordnetenhauses setzte Mittwoch die Beratung des Gesetzentwurfs betr. Maßregeln zur Regelung der Wasserverhältnisse an der Oder bei § 7 (Kosten) fort. Der freikonservative Abg. Wagner beantragte die Streichung der Bestimmung, wonach für die Oderregulierung der Strecke Küstrin-Ratibor der Staat vorweg 7 Mill. Mark bezahlen soll. Frhr. v. Richthofen beantragte dagegen, auch für die Provinz Schlesien 7 Mill. Mark als Vorausleistung des Staats einzusetzen. Landwirtschaftsminister v. Podbielski und Finanzminister v. Rheinbaben erklärten sich lebhaft gegen den Antrag Richthofen, dessen Annahme das Gesetz gefährden würde. Der Antrag Richthofen wurde darauf abgelehnt, ebenso ein Antrag, auch Privatpersonen zur Kostendeckung heranzuziehen, da die Regierung erklären ließ, diese Heranziehung bewährte sich bisher nicht. Die Kommission nahm jedoch einen Antrag an, der ausspricht, daß nach § 29 des Kommunalabgabengesetzes Privatpersonen zur Deckung dieser Kosten herangezogen werden können.

* **Arbeitervertretung.** Wir berichteten bereits Anfang April, daß in der Kommission der württembergischen Abgeordnetenkammer ein Antrag einstimmige Annahme gefunden hätte, der darauf ausging, eine geordnete Vertretung der Arbeiter zu schaffen, wenn möglich, im Wege der Reichsgesetzgebung, eventuell aber auf dem Wege landesgesetzlichen Vorgehens. Minister Dr. v. Pischek erklärte damals bereits die Zustimmung der württembergischen Regierung zu dem Antrag, der seiner Ansicht nach durch die Reichsgesetzgebung zu verwirklichen sei, da gegen eine landesgesetzliche Regelung staatsrechtliche und politische Bedenken beständen. Jetzt ist dieser Antrag auch im Plenum der Kammer angenommen worden, wie aus folgendem Telegramm ersichtlich ist:

* **Stuttgart**, 1. Juni. Die Kammer der Abgeordneten nahm heute einen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, im Bundesrate für die unverzügerte Einbringung einer Gesetzesvorlage betreffend Errichtung einer geordneten Vertretung der Arbeiter zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden, auch der Staatsregierung gegenüber, einzutreten und für den Fall, daß die bei der Reichsbehörde zurzeit im Gange befindlichen, auf Schaffung dieser Vertretung gerichteten Bestrebungen ohne Aussicht auf Erfolg verlaufen, dem Landtage den Entwurf eines auf eine Aenderung gerichteten Landesgesetzes vorzulegen.

Da die württembergische Regierung nach der Erklärung des Ministers v. Pischek auf Beschleunigung der Sache im Bundesrate drängen wird, so dürfte die sozialpolitisch sehr bedeutsame Frage der Schaffung von Arbeitskammern ihrer Verwirklichung einen wesentlichen Schritt näher gekommen sein.

* **Ein Dementi.** Die „Nordd. Allg. Ztg." wendet sich gegen das Bestreben, die Person des Kaisers in die Erörterungen der kriegerischen Vorgänge in Ostasien hineinzuziehen. Das offiziöse Organ schreibt ersichtlich inspiriert:

Unter Berufung auf eine der Tagespolitik fernstehende Zeitschrift wurde in der Presse erzählt, ein zum Kriegsschauplatz in Ostasien kommandierter deutscher Offizier nehme ein ziemlich umfangreiches Handschreiben des Kaisers an General Kuropatkin mit. Wir können diese sogenannte Information als eine fette Ente bezeichnen. Bei dieser Gelegenheit mag allgemein vor Meldungen gewarnt sein, mit denen man in der ausländischen Presse die Neutralität Deutschlands zu verdächtigen sucht. Beispielsweise verbreitete „Daily Chronicle" unter der Ueberschrift „Kaisers dogs for Russia" eine Depesche des „Reuterschen Bureaus" aus Petersburg, nach der der Kaiser drei in Deutschland ausgebildete Schäferhunde für den Wacht- und Ambulanzdienst einer russischen Gesellschaft zu überlassen befahl, nachdem die deutschen Militärbehörden einem dahingehenden Gesuch nicht entsprochen hätten. Diese nett klingende Geschichte, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.", hat ebenfalls den Fehler, nicht wahr zu sein.

* **Ein Schularzt** wird in Mannheim als städtischer Beamter angestellt, dem jede Privatpraxis verboten ist. Als Gehalt sind 10 000 ℳ ausgeworfen. Das Vorgehen der Stadt Mannheim ist sehr lobenswert und sollte als Vorbild dienen.

*

* **Hamburg**, 31. Mai. Aus Anlaß des Brauerausstandes tagt heute hier eine allgemeine Versammlung der Wirte und Hotelbesitzer von Hamburg-Altona. In derselben wurde nach lebhafter Debatte in geheimer Abstimmung mit 932 gegen 576 Stimmen der Beschluß der letzten Versammlung, wonach die Wirte kein boykottiertes Bier schänken dürfen, aufgehoben.

* **Kiel**, 30. Mai. Auf der Pfingstkonferenz der schleswig-holsteinischen Geistlichen positiver Richtung erklärte einer der Hauptredner, Pastor Lic. Wohlenberg-Altona, in seinem Vortrage über das Verhältnis der Kirche zum Staate, es sei das beste, daß die Geistlichkeit auf die Aufsicht über die Schule verzichte.

* **Heidelberg**, 31. Mai. Wie der Zentralvorstand des evangelischen Vereins der Gustav-Adolf-Stiftung bekannt macht, wird die 57. Hauptversammlung des Gesamtvereins vom 20. bis 22. September hier stattfinden.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen.** Der Ablösungstransport für die Schiffe der Kreuzerdivision ist auf dem Dampfer „Pisa" am 30. Mai in Newport News (Virginia) eingetroffen, wo der Besatzungswechsel stattfindet. Der Transport des abgelösten Besatzungsteils S. M. S. „Bussard" ist auf dem Dampfer „Stuttgart" am 31. Mai in Aden eingetroffen und hat an demselben Tage die Reise über Suez nach Port Said fortgesetzt. Korvettenkapitän Bock hat am 31. Mai in Colombo (Ceylon) das Kommando S. M. S. „Bussard" übernommen. S. M. S. „Jltis" geht am 3. Juni von Nanking nach Hankau am Yangtse. Die aktive Schlachtflotte ist am 31. Mai von Kiel in See gegangen. S. M. S. „Bremen" ist am 31. Mai von Wilhelmshaven zu Probefahrten in See gegangen. S. M. S. „Zieten" ist am 31. Mai in Wilhelmshaven eingetroffen, Poststation bis auf weiteres Wilhelmshaven. Poststation für S. M. S. „Rhein" vom 1. Juni bis 6. Juni Travemünde, vom 6. Juni bis 13. Juni Warnemünde, vom 13. bis 15. Juni Flensburg, von 15. bis 19. Juni Sonderburg, vom 19. bis 22. Juni Laboe, vom 22. bis Ende Juni Kiel.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Die Ernennung König Eduards zum österreichischen Feldmarschall** ist eine besondere Auszeichnung, die bisher nur dem Deutschen Kaiser zuteil wurde; Kaiser Wilhelm II. ist am 4. Mai 1900 zum österreichischen Feldmarschall ernannt worden. Die Verleihung der Würde an König Eduard ist ein Akt der Höflichkeit, der dafür Ersatz bieten soll, daß Kaiser Franz Joseph den Besuch des Königs Eduard in Wien nicht persönlich in London erwidert. Der Kaiser hatte die Absicht, nach England zu reisen. Aber die Aerzte rieten ihm umsomehr ab, sich den Anstrengungen der weiten Reise auszusetzen, als der Kaiser Seefahrten nicht gut verträgt. Während der letzten Anwesenheit des österreichisch-ungarischen Botschafters am britischen Hofe Grafen Wendorff in Wien wurde im Einverständnis mit König Eduard vereinbart, daß der Gegenbesuch des Kaisers in London unterbleibt und Erzherzog Friedrich als Vertreter des Monarchen nach England geht. Er bringt nun dem König die Insignien der Feldmarschallswürde mit. Politische Bedeutung hat die Ernennung nicht.

Belgien.

* **Der Rückgang der sozialistischen Stimmen** bei den letzten Wahlen erweist sich als sehr bedeutend. Sie verlieren an die Liberalen je ein Mandat in Charleroi und Tournet. Schon vor zwei Jahren machte sich eine Abnahme sozialistischer Stimmen bemerkbar, aber in weit geringerem Maße als diesmal. Wenn es infolge der schwachen klerikalen Mehrheit früher oder später zur Auflösung der Kammer kommen sollte, so darf man darauf rechnen, daß die Sozialisten weitere Einbuße zu Gunsten der Liberalen erleiden.

Spanien.

* **Das neue Wehrgesetz.** Die Deputiertenkammer der Cortes hat die vom Kriegsminister Linares schon 1898 vertretenen und im vorigen Jahre wieder eingebrachten Vorschläge angenommen. 1898 hatten die Cortes schon einmal die Beseitigung der Stellvertretung beschlossen. Parteihader ließ den Beschluß aber damals nicht zur Durchführung kommen. Die Dauer der allgemeinen Dienstpflicht wird von 12 auf 15 Jahre erhöht, davon 3 Jahre aktiv, 4 in der I., 6 in der II. Reserve (Landwehr), 2 in der Territorial-Reserve (Landsturm). Der Kriegsminister hat jedoch das Recht, die 2 Jahre dienenden Leute mit unbeschränktem Urlaub zu entlassen. Junge Leute mit einem gewissen Bildungsgrade schon nach einem Jahre, Leute, die sich selbst verpflegen und bekleiden, werden in den Truppenteil eingestellt, den sie nahe bei ihrer Heimat wählen. Wer ein brauchbares Pferd mitbringt bezw. kauft, kann der Kavallerie zugewiesen werden. Wer bei der nötigen Vorbildung sich verpflichtet, in den Staatsschatz mindestens 120 P. zu zahlen, sich selbst verpflegt und bekleidet, wird in jedem der 3 Jahre nur auf 6 Monate, davon 3 im Herbst, bezw. Sommer, 3 im Frühjahr einbeordert. Die genannte Summe ist dreimal (einmal für jedes der 3 Jahre) zu entrichten und soll als Minimum dem fünffachen Betrag der Personalsteuer entsprechen. Dreimalige Zurückstellung in Rücksicht auf Studien und Berufe (aber nur bis 10 Proz. des Kontingents) ist zulässig. Alle diejenigen, die erwerbsfähig sind, aber nicht zur Einstellung gelangen, zahlen eine Wehrsteuer auf 3 Jahre, die ihrer 5fachen Staatssteuer entspricht, die Familien der Fahnenflüchtigen auf 7 Jahre. Die Wehrsteuer fließt dem Kriegsbudget zu. Dieses weist für 1904 den Betrag von 146 527 252 Pesetas (1 187 000 Pesetas mehr) auf und gibt die Durchschnittsiststärke auf 83 000 Mann an, krankt aber im Kapitel 17 noch immer an dem Uebel der Erhaltung einer sehr großen Zahl der vorzeitig in die Nichtaktivität übergeführten Offiziere, die fast 9,5 Millionen beziehen.

Türkei.

* **Das ökumenische Patriarchat** erhob in den letzten Tagen abermals im Yildiz und bei der Pforte Vorstellungen wegen der Nachgiebigkeit der Pforte gegenüber den kirchlichen Wünschen der Kutzowalachen, wobei es andeutete, daß es gezwungen sein werde, zur Verteidigung seiner Privilegien dieselbe Politik anzuwenden, wie 1871 gegen die